

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 2
Jugendhilfeausschuss
am 23.05.2012
Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Lindstedt (SPD)
Theodor Rieke (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Marlies Deppe (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bärbel Schmidt (SPD)
Helmut Krause (CDU)

sachkundige Bürger

Astrid Partmann (FDP)
Rosemarie Böhme (ohne)
Dirk Lampersbach (ohne)
Petra Stoltefuß (ohne)
Christine Weyrowitz (ohne)
Roswitha Ritter (SPD)

anwesend bis 17.00 Uhr

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Claudia Dierkes-Hartwig (ohne)

Heiner Redeker (ohne)

Detlef Maidorn (ohne)

anwesend ab 16.20 Uhr

Gisela Kalt-Sponheuer (ohne)

Edelgard Blümel (ohne)

Von der Verwaltung

Herr Hahn, Dez. IV

Frau Waßen, L FB 51

Herr Rüttimann, FB 51

Frau Scholz, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Pfarrer Schiewer, Ev. Kirchengemeinde

Fröndenberg-Ardey

Frau von der Beck, Jugendreferentin der Ev.

Kirchengemeinde Fröndenberg-Ardey

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Fraktion

Vertreter der Medien

Eltern und Kinder der Kindertagesstätte „Villa

Kunterbunt“

Herr Rieke begrüßt die anwesenden Damen und Herren, insbesondere die Eltern und Kinder der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ aus Fröndenberg-Ardey und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

Erweiterter Prüfauftrag zur Aufgabe der Trägerschaft des Kreiskindergartens „Villa Kunterbunt“ - mündlicher Bericht

Punkt 3

024-1/12

Förderung von Offener Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede durch Kreis- und Landesmittel im Jahr 2012

Punkt 4

051/12

Zuschüsse zu Investitionskosten freier Träger der Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede für das Jahr 2012

Punkt 5

Aufgabe der Psychologischen Beratungsstelle – mündlicher Bericht

Punkt 6

062/12

Projektbezogener Zuschuss für den Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V.

Punkt 7

Kommunale Präventionsketten „Brücken für Familien“ - mündlicher Bericht

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Erörterung

Herr Hahn und Herr Rieke nehmen eine Unterschriftenliste von der Vorsitzenden des Elternbeirates der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“, Frau Leuschner, entgegen, in der der Verbleib der Trägerschaft beim Kreis Unna gefordert wird. Herr Hahn bedankt sich bei Frau Leuschner für ihren Einsatz. Er werde die Petition und die Unterschriftenliste dem Landrat zur Kenntnis geben und das Schreiben als Anlage zur Niederschrift geben. Auf diesem Weg würden dann alle Ausschussmitglieder sowie Kreistagsmitglieder informiert. Das Schreiben ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Punkt 2

Erweiterter Prüfauftrag zur Aufgabe der Trägerschaft des Kreiskindergartens „Villa Kunterbunt“ - mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass der Prüfauftrag zurzeit noch abgearbeitet werde. Mit Schreiben vom 09.03.2012 habe der Bürgermeister der Stadt Fröndenberg, Herr Rebbe, darum gebeten, eine Entscheidung über die Trägerschaft zunächst zurückzustellen. In Fröndenberg stünde die Entscheidung an, ob die Stadt ein eigenes Jugendamt einrichten könne. Mit einer Entscheidung werde noch in diesem Jahr gerechnet.

Der aktuelle Stand sei, dass von sieben angeschriebenen Gutachtern bereits vier ein Angebot abgegeben hätten. Dabei handele es sich um die WIBERA Wirtschaftsberatung GmbH aus Düsseldorf, Rödl & Partner aus Köln, Allevo Kommunalberatung GmbH aus Meerbusch sowie PKF Fasselt & Schlage aus Duisburg. Nach Information von Herrn Hahn befasse sich heute Abend der Ältestenrat der Stadt Fröndenberg mit den Angeboten. Am 06.06.2012 fände eine Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Fröndenberg statt, an der auch ein Vertreter des Fachbereichs Familie und Jugend des Kreises Unna als Zuhörer teilnehme, damit man mehr über die Sachlage erfahre.

Der Kreis Unna, Fachbereich Familie und Jugend, habe als Träger der Kindertageseinrichtung in Fröndenberg-Ardey die Eltern und weitere Nutzer/innen dieser Einrichtung mit Schreiben vom 27.03.2012 über die bestehende Beschlusslage informiert.

Es werde vorgeschlagen, der Bitte des Bürgermeisters nachzukommen und abzuwarten, ob die Stadt Fröndenberg ein eigenes Jugendamt einrichten werde oder nicht. Im Anschluss daran solle dann auch über einen eventuellen Trägerwechsel nachgedacht bzw. entschieden werden.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Teumert seine Zustimmung. Er merkt an, dass sich aber an der grundsätzlichen Position zum Trägerwechsel nichts ändere.

Frau Deppe stimmt für die CDU-Fraktion ebenfalls zu. Die dadurch entstehende Unruhe innerhalb der Einrichtung sei nicht in Ordnung, aber der Vorschlag könne trotzdem akzeptiert werden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt Frau Streich ihre Zustimmung. Ihr sei in der letzten Kindergartenratssitzung vorgeworfen worden, dass sie von ihrer ursprünglichen Haltung abgewichen sei und gegen die Variante 1 gestimmt habe. Es sprächen sehr viele Dinge dagegen, sie könne sich aber damit einverstanden erklären, dass bis zur Ratsentscheidung abgewartet werde. Hier solle allerdings bis zu einer endgültigen Entscheidung nicht zu viel Zeit in Anspruch genommen werden, denn für die Mitarbeiter/innen und Eltern sei die Situation belastend.

Frau Partmann erklärt für die FDP-Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung.

Herr Rieke fasst zusammen, dass dem Verfahrensvorschlag gefolgt und eine endgültige Entscheidung über die Trägerschaft verschoben werde.

Er weist darauf hin, dass es einstimmige Beschlüsse des Kreistages gebe und dieser Ausschuss das Thema abarbeiten müsse. Aus dem Konsolidierungsvorschlag habe es einen Auftrag zur Prüfung der Aufgabe des

Kindergartens in Fröndenberg-Ardey gegeben. Es gebe auch einen einstimmigen Ratsbeschluss der Stadt Fröndenberg darüber, dass die Konsolidierungsliste abzuarbeiten sei. Dem Auftrag werde auch sicherlich nachgekommen, aber zunächst werde dem Wunsch des Bürgermeisters der Stadt Fröndenberg gefolgt. Er gehe davon aus, dass die weiteren Schritte zeitnah erfolgen.

Punkt 3

024-1/12

Förderung von Offener Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede durch Kreis- und Landesmittel im Jahr 2012

Erörterung

Herr Rieke führt aus, dass über diesen Punkt bereits in der letzten Sitzung beraten worden sei und die Entscheidung zur Offenen Jugendarbeit in Fröndenberg-Ardey noch ausstünde. Hierzu läge nun ein Konzept vor.

Herr Hahn teilt mit, dass Herr Pfarrer Schiewer als Verantwortlicher aus dem Bereich der Ev. Kirchengemeinde in Fröndenberg-Ardey das Konzept vorstelle. Es gebe dort eine ordentliche Jugendarbeit, die zumindest bis Ende 2013 gesichert zu sein scheint. Hier spreche man über den größten Ortsteil Fröndenbergs, mit knapp 2.300 Einwohnern, davon rd. 800 Kinder und Jugendliche.

Herr Pfarrer Schiewer berichtet, dass Räumlichkeiten in ausreichendem Umfang und angemessener Ausstattung vorgehalten würden. Es sei eine Stelle eingerichtet worden, die vom Stundenumfang und von der Qualifikation der Stelleninhaberin her den Vorgaben entspreche. Es sei ein Programm aufgestellt worden, dass durch die Öffnungszeiten alle Bedingungen erfülle. Das Haus sei dann nicht nur offen, sondern die Kinder und Jugendlichen würden durch die Jugendreferentin und weitere Mitarbeiter empfangen und begleitet. Durch diverse Angebote, in Form von Spielmöglichkeiten und Projekten, sei eine sinnvolle Freizeitgestaltung möglich geworden.

Er sehe durchaus Perspektiven, dass das Programm über das Jahr 2012 hinaus, gemeinsam mit dem neuen Eigentümer und in Kooperation mit anderen Einrichtungen, sichergestellt werden könne. Er bittet den Ausschuss um Zustimmung.

Frau Lindstedt merkt für die SPD-Fraktion an, dass Herr Schiewer der Präsentation eines Konzeptes in sehr guter Weise nachgekommen sei, bedankt sich dafür und erklärt ihre Zustimmung.

Frau Streich ist ebenfalls erfreut und bedankt sich. Sie habe sich in der letzten Sitzung enthalten und werde nun zustimmen.

Beschluss

Die Kreis- und Landesmittel zur Förderung der Offenen Jugendarbeit der Kirchengemeinde Dellwig in Ardey für das Jahr 2012 werden wie in der Vorlage aufgeführt bewilligt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

051/12

Zuschüsse zu Investitionskosten freier Träger der Jugendarbeit in Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede für das Jahr 2012

Erörterung

Frau Waßen führt aus, dass es sich hier um die alljährliche Vorlage von Zuschüssen für die Investitionskosten handele. Ergänzend teilt sie mit, dass die Träger Eigenmittel einbringen müssten und hier ein Zuschuss von höchstens einem Drittel der anfallenden Kosten begehrt würde.

Beschluss

Die im Fortsetzungsblatt aufgeführten Antragsteller erhalten einen Zuschuss zu Investitionskosten im Bereich der Jugendarbeit für das Jahr 2012 in Höhe von insgesamt 5.408,07 Euro gemäß der Förderungsrichtlinien im Kinder- und Jugendförderplan für Bönen, Fröndenberg/Ruhr und Holzwickede 2011-2014 des Fachbereiches Familie und Jugend des Kreises Unna.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

Aufgabe der Psychologischen Beratungsstelle – mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Rüttimann berichtet in seiner Funktion als Leiter der Psychologischen Beratungsstelle über das dortige Aufgabenfeld. Er teilt mit, dass es ca. 50 verschiedene Aufgaben gebe, aber eine Aufzählung den Rahmen sprengen würde. Er möchte sich hier auf die wesentlichen Aufgaben beschränken und daher einen von ca. 620 Fällen pro Jahr näher erläutern. Beraten würden Kinder und junge Erwachsene bis zu einem Alter von 27 Jahren sowie Familien mit Kindern. Von einfachen Erziehungsfragen bis hin zu schwierigen familiären Situationen sei alles dabei. Die Schwierigkeit der einzelnen Problemstellungen sei komplexer geworden. Die Anlässe hätten sich insofern verändert, als es heute deutlich mehr Trennungen und Scheidungen gebe. Jeder 2. Anmeldegrund hänge mit derartigen Situationen zusammen. Entstehen würden diese aus Eltern- und Kinderkonflikten, schulischen Problemen, Magersucht usw. Die Beratungen würden möglichst vor Ort angeboten und zurzeit gebe es die höchste Anzahl an Beratungen innerhalb der Stadt Fröndenberg. Allerdings sei hier immer mal wieder ein Wechsel zu verzeichnen. Zunehmend habe man mit Personen mit Migrationshintergrund zu tun mit sehr spezifische Problemen, die zum Teil auch kultureller Art seien. Diese Familien würden nur schwer den Weg zur Beratungsstelle finden.

Aufgrund der Veränderungen in vielen sozialen Bereichen, wie z.B. im Bereich Erziehung, lägen hier im

Vergleich zu früher heute komplexere Fragestellungen vor. Die Beratungsstellen reagierten darauf, indem sie zunächst ein Vertrauensverhältnis aufbauen und die Familien mit ihrer Situation konfrontieren würden. Durch die Erkennung von Lösungen für eigene Probleme seien Änderungsmöglichkeiten sehr viel schneller erreichbar.

Im Anschluss erläutert Herr Rüttimann einen Beispielfall aus der Beratungsstelle.

Er führt aus, dass wichtig sei, dass die Beratungsstelle im sozialen Umfeld mit anderen Beteiligten zusammenarbeite, wie z.B. mit Schulen, dem Allgemeinen Sozialen Dienst, Ärzten, usw..

Neben dem Beratungsbereich nehme das Thema Inklusion zu, d.h., im Arbeitsbereich der Psychologischen Beratungsstelle die Teilhabe von seelisch Behinderten. Hier gehe es häufig um schulische Fragen, die von der Jugendhilfe aus an die Beratungsstelle gerichtet würden. Es gebe bereits Diskussionen, die Bereiche körperlich Behinderter und seelisch Behinderter zusammenzulegen. Das Aufgabengebiet sei in der Psychologischen Beratungsstelle angesiedelt worden, da es dort bessere Möglichkeiten bei den Hilfsangeboten gebe.

Auf Nachfrage von Frau Streich antwortet Herr Rüttimann, dass es immer schwieriger werden würde, die anfallende Arbeitsmenge zu bewältigen, zumal es seit 1980 keine personelle Veränderung gegeben habe, eher habe ein Stellenabbau stattgefunden. Die Fallzahlen hätten extrem zugenommen und es gäbe durchaus Wartelisten. Es erfolge eine genaue Prüfung der Dehnbarkeit von Wartezeiten. Die Kapazitäten seien seit langem ausgeschöpft, aber dennoch betrage die Wartezeit höchstens bis zu drei Monate. Dies bringe eine starke, auch persönliche, Belastung mit sich.

Auf Nachfrage von Herrn Krause teilt Herr Rüttimann mit, dass regelmäßige Teambesprechungen stattfänden und dort gemeinsame Lösungsansätze für die Fälle erarbeitet würden. Somit wisse jeder Mitarbeiter, dass es Unterstützung gebe.

Herr Lampersbach fragt nach, ob Ideenkonzepte vorlägen, wie man mit den Familien mit Migrationshintergrund ins Gespräch käme.

Herr Rüttimann führt aus, dass hier der Allgemeine Soziale Dienst involviert werde. Die dort tätigen türkischen Mitarbeiter/innen würden auch zu Gesprächen hinzugezogen. Man informiere sich beim Allgemeinen Sozialen Dienst auch über die Sichtweise zum kulturellen Hintergrund der betroffenen Personen. Die Kontakte zum Allgemeinen Sozialen Dienst seien sehr eng und die Zusammenarbeit funktioniere gut.

Frau Lindstedt möchte wissen, wie die Familien den Weg zur Beratungsstelle finden würden. Ginge dies nur über den offiziellen Weg, wie Schule oder Jugendhilfe? Der allgemeine Bekanntheitsgrad der Beratungsstelle sei nicht so hoch.

Herr Rüttimann antwortet, dass deren Existenz schon bekannt sei. In Deutschland gebe es in jeder Kommune eine Beratungsstelle und somit ein flächendeckendes Angebot. Allerdings müssten sich die Betroffenen/Familien immer persönlich melden.

Frau Dierkes-Hartwig bedankt sich für die gute Zusammenarbeit zwischen der Psychologischen Beratungsstelle und den Schulen. Sie glaube, dass viele Kontakte über die Schulen zustande kämen und sie wünsche sich eine derartig gute Zusammenarbeit auch für die Integrationsstellen.

Frau Gebhard erkundigt sich nach der Verzahnung zum Krankenkassenbereich. Wenn eine Depression festgestellt wurde, wäre es ein Fall für einen niedergelassenen Psychotherapeuten und hier möchte sie gerne wissen, wie das funktioniert.

Herr Rüttimann teilt mit, dass, wenn es eben möglich sei, darauf zurückgegriffen werde. Häufig werde allerdings die Problematik nicht nur bei dem Kind gesehen, sondern auch im gesamten Umfeld. Hier könne ein Kinder- und Jugendpsychiater oder ein Psychotherapeut eingesetzt werden. Es sei wichtig, dass dem Kind die Entwicklungsmöglichkeit gegeben werde, die es brauche.

Herr Rieke teilt abschließend mit, dass Statistik und Fallzahlen der Psychologischen Beratungsstelle zur Niederschrift gegeben würden (s. Anlage 2).

Punkt 6

062/12

Projektbezogener Zuschuss für den Deutschen Kinderschutzbund Kreisverband Unna e.V.

Erörterung

Herr Hahn führt aus, dass diese Vorlage aus dem Beschluss des Kreistages vom 20.12.2011 hervorgehe. Der Kinderschutzbund habe im vergangenen Jahr einen Antrag gestellt, den bisherigen jährlichen Zuschuss in Höhe von 130.000 Euro um 30.000 Euro zu erhöhen. Der Kreistag sei diesem Antrag auf dauerhafte Erhöhung nicht gefolgt, sondern habe für das Jahr 2012 einen projektbezogenen Zuschuss beschlossen, der bis zur Klärung von Finanzierungsfragen im Zusammenhang mit dem zum 01.01.2012 in Kraft getretenen Kinderschutzgesetz mit einem Sperrvermerk versehen worden sei.

Im letzten Jugendhilfeausschuss sei die Arbeit des Kinderschutzbundes sehr eindrucksvoll vorgestellt worden. Herr Hahn verweist auf einige Presseartikel und teilt mit, dass in der Öffentlichkeit sensibler auf Verdachtsfälle von Kindesmißbrauch geachtet und reagiert werde. Das Kinderschutzgesetz arbeite mit eindeutigen Vorgaben, wie damit möglichst zügig und verantwortungsbewusst umzugehen sei.

Der Kreis habe bereits Vereinbarungen mit Kindergärten, dem Kinderschutzbund und mit Berufskollegs geschlossen. Das Thema sei, wie gewünscht, in der Bürgermeister-Konferenz erörtert worden. Vorab habe es Orientierungsabsprachen in der Arbeitsgemeinschaft der Jugendamtsleiter und der Sozial- und Jugenddezernenten gegeben. Es sei einhellig das Votum zur Freigabe des Sperrvermerkes erteilt worden.

Herr Hahn weist darauf hin, dass frühzeitig und gemeinsam mit allen entsprechenden Einrichtungen an dem Thema gearbeitet werden müsse, damit die Risikoabschätzung möglichst zügig und verantwortbar erfolgen könne. Es werde daher eine Freigabe des Sperrvermerkes für das Jahr 2012 vorgeschlagen und dem Kinderschutzbund somit zusätzlich 30.000 Euro als Projektzuschuss zur Verfügung zu stellen.

Für die SPD-Fraktion teilt Frau Lindstedt mit, dass sich diese für eine Beschlussempfehlung an den Kreistag

ausspreche. Bereits im Vorfeld zum Kreistagsbeschluss im Dezember habe sich die SPD-Fraktion für die Unterstützung der Arbeit des Kinderschutzbundes ausgesprochen.

Frau Gebhard erklärt für die CDU-Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung. Die Ausführungen würden das bisherige Vertrauen in die Arbeit des Kinderschutzbundes erneut bestätigen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt Frau Streich die Empfehlung für den Kreistag ab, von den jährlichen Entscheidungen Abstand zu nehmen, um eine kontinuierliche Arbeit des Kinderschutzbundes gewährleisten zu können. Es müsse vor dem Hintergrund, dass die Aufgaben angestiegen und nicht mehr mit den vorhandenen finanziellen Mitteln leistbar sei, zu anderen zeitlichen Dimensionen bei der Bewilligung kommen. So könnten vernünftige Planungen, auch personeller Art, ermöglicht werden. Sie würde sich darüber freuen, wenn die anderen Fraktionen bei den Haushaltsberatungen auch dementsprechend votieren würden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der in der Kreistagssitzung am 20.12.2011 beschlossene Zuschuss für die Arbeit des Kinderschutzbundes Kreisverband Unna e.V. im Bereich Prävention und Beratung in Höhe von 30.000 Euro wird freigegeben. Der entsprechende Sperrvermerk wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

Kommunale Präventionsketten „Brücken für Familien“ - mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Rieke erörtert anfangs, dass in diesem Projekt die kommunalen Präventionsketten gestärkt und näher durchleuchtet werden sollen und in jeder Sitzung ein mündlicher Bericht erfolge.

Nach der Präsentation eines Kurzfilmes berichtet Frau Waßen anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist. Sie teilt mit, dass es im April einen ersten Lernnetzwerk-Workshop in Königswinter gegeben habe, an dem Frau Thünker als Kreisjugendhilfeplanerin sowie der Jugendhilfeplaner der Kreisstadt Unna, Herr Knoche, teilgenommen hätten. In Kürze gebe es weitere Termine, einer solle noch vor den Sommerferien stattfinden.

In Nordrhein-Westfalen sei es inzwischen so, dass ein Viertel der Kinder in prekären familiären Verhältnissen lebten. Hier sehe man, dass es Zeit würde, frühzeitig einzusteigen und ein verlässliches Gemeinwesen zu fördern. Dabei gehe es insbesondere um den Aufbau sozialräumlicher Infrastruktur. Auch dürfe man nicht verkennen, dass diese sozialen Verhältnisse jährlich rund 24 Milliarden € Folgekosten allein in Nordrhein-Westfalen verursachen würden.

Im Rahmen einer freihändigen Vergabe nach der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) seien

verschiedene Beratungsunternehmen angeschrieben worden, da eine externe Begleitung für das Projekt gesucht wurde. Es werde bis zum 30.05.2012 auf Rückmeldungen zur Angebotsabgabe gewartet. Die Lenkungsgruppe werde dann eine Entscheidung treffen. Die externe Begleitung/Moderation sei erforderlich, damit eine effektive Umsetzung dieses Projektes mit einer großen Zahl an beteiligten Kommunen sichergestellt werden könne.

Am 22.05.2012 habe die zweite Sitzung der Steuerungsgruppe stattgefunden. Man habe dort die Durchführung einer voraussichtlich Ende August stattfindenden Informationsveranstaltung für die Kooperationspartner verabredet. Des Weiteren solle ein Web-Auftritt geschaltet werden, aber auch hieran werde von Seiten des Landes noch gearbeitet.

Auf Nachfrage von Frau Böhme teilt Frau Waßen mit, dass hier alle Familien angesprochen würden, auch Alleinerziehende oder Familien mit Migrationshintergrund.

Auf Nachfrage von Frau Streich teilt Herr Hahn mit, dass eine Beteiligung der Politik bereits bei der Entscheidung zur Durchführung eines solchen Projektes erfolgt sei. Die Politik erhalte durch die Verwaltung regelmäßige Berichte über die Entwicklung des Projektes über einen Zeitraum von drei Jahren. In jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde die Verwaltung ebenfalls regelmäßig Informationen weitergeben.

Auf Nachfrage von Frau Gebhard, ob die Sitzungen der Steuerungsgruppe öffentlich bzw. zumindest für Kreistagsmitglieder zugänglich seien, teilt Herr Hahn mit, dass dies aufgrund der Größenordnung nicht händelbar wäre. Schließlich könne ein solches Ansinnen aus allen sieben teilnehmenden Kommunen erfolgen. Außerdem werde die Politik regelmäßig über den Ausschuss informiert.

Des Weiteren fehle Frau Gebhard die Einbringung der Mitarbeiter und derer Vorstellungen und Ideen. Herr Rieke und Herr Hahn führen aus, dass die Mitarbeiter stets die Möglichkeit zur Einbringung hätten. Die Multiplikatoren könnten dann die entsprechenden Informationen in die Lenkungsgruppe einspielen. Frau Waßen ergänzt, dass vorhandene Strukturen, vorhandene Arbeitskreise, miteinander vernetzt werden sollten. In den Kommunen erfolge der Austausch auch bereits auf anderer Ebene und von daher sei die Einbringung der Mitarbeiter sichergestellt.

Herr Rieke macht deutlich, dass er hoffe, dass durch dieses Projekt die Zusammenarbeit zur Selbstverständlichkeit werde und die Kommunen voneinander lernen würden.

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Spitzabrechnung der differenzierten Kreisumlage

Herr Hahn teilt mit, dass die Kämmerer aus Bönen, Fröndenberg und Holzwickede mit Datum vom 24.04.2012 eine Mitteilung erhalten hätten, dass die Spitzabrechnung der differenzierten Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2011 einen erstattungsfähigen Betrag von 593.517,96 Euro ergeben habe. Die entsprechenden Einzelbeträge seien den Kommunen zwischenzeitlich überwiesen worden.

Folgen der Schließung des Jugendtreffs „Café Sahne“

Frau Waßen teilt mit, dass der Treffpunkt „Go in“ in Bönen trotz der Schließung des „Café Sahne“ unveränderte Besucherzahlen habe. Das Angebot im „Go in“ solle für Jugendliche noch interessanter gestaltet werden. In den Garagenräumen im hinteren Bereich wolle der Treffpunkt Musik-Proberäume einrichten. Hier sei aktuell eine Bauvoranfrage bei der Gemeinde Bönen anhängig.

Arbeitsgemeinschaft gegen sexuelle Mißhandlung im Kreis Unna

Frau Waßen weist auf ausgelegte Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft gegen sexuelle Mißhandlung im Kreis Unna, aktuell: „Was kann ich tun im Falle des Verdachts auf sexuelle Mißhandlung?“ hin. Auf der Rückseite seien die Ansprechpartner aufgelistet. Dies sei ein gelungenes Beispiel für Kooperation zwischen den Beteiligten eines Arbeitskreises, der sich auch im Projekt „Brücken für Familien“ wiederfinden werde.

Hinweise auf Veranstaltungen

Frau Waßen weist auf ein weiteres Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit hin: Das Internationale Kindertheater-Festival in Bönen „Hellwach 2012“, mit einer Aufführung am 08.11. des bekannten Figruenspieler Peter Ketturkat aus Briedel. Das Stück sei für Kinder ab 4 Jahren und hieße „Keine Angst vor großen Tieren“. Dies sei gelungen durch die Kooperation der Gemeinde Bönen mit dem Jugendamt und in Kürze werde das Programmheft im Ausschuss vorgestellt.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.35 Uhr

Anlagen

1. Schreiben des Elternbeirates der Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ in Fröndenberg-Ardey
2. Statistik und Fallzahlen der Psychologischen Beratungsstelle
3. Folienpräsentation zum Modellvorhaben „Brücken für Familien“ - Bericht Frau Waßen

Rieke

Scholz

